

Leogangs Bürgermeister kämpft um seinen Ruf Mehrheit der Bürger gegen Appartements

Leogang. „Wer Entscheidungsträger im kommunalpolitischen Leben ist, gewöhnt sich daran, daß seine Entscheidungen kritisiert werden“, erkennt Bürgermeister Diplomkaufmann Dr. Albert Steidl in einer sechsseitigen „Aufklärungs“-Postwurfsendung an Leogangs Bevölkerung. Woran sich das Gemeindeoberhaupt nämlich niemals wird gewöhnen können, das sind die Brunnenggifter der Gemeinde, die Verleumder, die Ehrabschneider, jene, denen jedes Mittel erlaubt scheint und die sogar vor dem Rufmord nicht zurückschrecken.“ Und um diesen Ruf geht es Dr. Steidl.

Der beabsichtigte Bau von Appartementshäusern hat schon in so mancher Gemeinde des Landes Salzburg die Einwohner in zwei Lager gespalten. Nun sollen solche „Betonbunker“, wie Appartementbauten vielfach apostrophiert werden, auch Steidls Ort, und zwar am Brandstattfeld, Glück und Segen bescheren. Doch vorläufig will allerdings der Herr Diplomkaufmann erst einmal seine Ehre wiederhergestellt sehen. „Meine Person ist sicherlich nicht vollkommen, und man kann mir vielleicht manches nachsagen — was man mir aber niemals zum Vorwurf wird machen können, das sind: Bereicherung durch mein Amt — bewußt ungerechte Entscheidungen und Korruption!“ erklärt der Bürgermeister. Das soll nämlich in einer Flugschrift der Aktion „Rettet Leogang“ geschehen sein. Dr. Steidl hat deshalb gegen den verantwortlichen Herausgeber der Flugschrift, Bahnhofsvorstand Dominik Schachermayr, Anzeige wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre erstattet und ein Erhebungsverfahren zur Feststellung jener Personen beantragt, die öffentlich behaupten, er fördere den Appartementbau aus Gründen der persönlichen Gewinnsucht.

Ob Dr. Steidl Vorwürfe irgendwelcher Art zu machen sind oder nicht,

ging wurde am Donnerstag vertagt. Folgender Satz sollte den Leogangern das Gefühl vermitteln, mit einem Bürgermeister leben zu müssen, der seine persönlichen Interessen über der Gemeinde stellt: „Leoganger, verkauft bei Widmungsunsicherheiten keinen Meter Boden mehr an den Grundstücksmakler. Erst recht nicht, wenn er sagt: Liebe Bauern, laßt euch nicht verhüten, nicht verhäuseln!“ Die Gegenseite argumentiert: „Wenn der Herr Bürgermeister uns in seiner Postwurfsendung — ohne gerichtliches Urteil — als Brunnenggifter bezeichnet, ist das keine Ehrenbeleidigung?!“

Zwei Fakten sind es, die dazu geführt haben, daß „viel Porzellan nun zerschlagen auf dem Boden unserer Gemeinde liegt“ (Dr. Steidl): Es hat zu Spekulationen Anlaß gegeben, daß die Frau des Gemeindeobersten als Geschäftsführerin einer Saalfeldener Immobilienfirma tätig ist. Steidl: „Bis zum

heutigen Tag ist der „Immo-Rendit“ kein Meter Grund verkauft worden.“ Die Aktion „Rettet Leogang“ erkannte bei ihrer konstituierenden Sitzung einmütig: „Appartementshäuser und ähnlich geartete Zweitwohnungen sind für die kontinuierlich-organische Entwicklung der Pinzgauer Talschaft Leogang von außerordentlichem Nachteil. Auch bringen sie nicht die entsprechende Menge Leute zur Frequenzierung des Leoganger Großblittes bei einer eventuellen Einlauf-Durststrecke.“ Dann wurde eine Unterschriftenaktion gestartet, bei der auch auf das Raumordnungsgesetz verwiesen worden ist. Drei Viertel der wahlberechtigten Leoganger haben bereits unterschrieben und sich damit gegen die Appartementshäuser ausgesprochen. Bahnhofsvorstand Schachermayr sieht außerdem in seinem Aufruf „Rettet Leogang“ keinerlei beleidigende Äußerungen gegen den Bürgermeister.

Dr. Steidl: Vorteile der Bauten

Dr. Steidl will erreicht haben, daß bei einer Errichtung von Appartementbauten auf dem Brandstattfeld

- der Sitz der Gesellschaft von Saalfelden nach Leogang verlegt wird, um der Gemeinde mehr Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer zufließen zu lassen;
- bei Aufträgen Leoganger Firmen bevorzugt werden;
- ausschließlich Luxuswohnungen gebaut werden, die nur von sehr kapitalkräftigen Leuten erworben werden können. Es soll sich um einen Personenkreis handeln, für den zur Zeit Leogang als Urlaubsziel einfach nicht in Frage kommt und der auch nie in ein Privatquartier gegangen wäre. Damit sei garantiert, daß weder den Gastgewerbebetrieben noch den Privatzimmervermietern Gäste weggenommen werden, denn diese

meine Mehreinnahmen von zirka 0,5 Millionen Schilling, womit sehr viel getan werden könnte (Asphaltierung, Beleuchtung etc.);

- daß bei der Bauverhandlung die Verpflichtung übernommen wurde, ein öffentlich zugängliches Hallenbad, Sauna, Fitnessraum, Kinderspielräume, Diskussions- und Unterhaltungsräumlichkeiten zu bauen.

Bei der Sitzung am 26. August 1972 hat Dr. Steidl die Gemeindevertretung über die geplante Bebauung des Brandstattfeldes informiert. Besonders Gemeinderat Schernthaner hat eindringlich vor der Gefahr der zu starken Appartementbebauung gewarnt. Wenn die Gemeindevertretung das Bauvorhaben Krallerau einstimmig positiv beurteilte, dann soll dies aus folgenden Gründen geschehen sein, weil es sich um ein Gebiet handelt, wo noch